Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ½jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Bölbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale. Motto: Für Wahrheit und Recht.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7057.

Nr. 175. Dienstag den 30. Juli 1895. 6. Jahrg.

Arbeiter, organisiert Euch!

Trete jeder seiner Gewerkschaft und dem sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis bei.

Für Monat August

nehmen schon jetzt die Hauptexpedition des Volksblattes, Bölbergasse 1, sowie sämtliche Ausgabestellen und alle Austräger Bestellungen auf das Volksblatt entgegen.

Das Volksblatt kostet monatlich frei ins Haus **50 Pfg.**

Wer jetzt das Abonnement bestellt, erhält die noch im Juli erscheinenden Nummern kostenfrei zugeschickt.

Der Verlag des Volksblattes.

Gegnerische Stimmen

über den Entwurf unseres Agrarprogramms.

(Fortsetzung.)

4. Die Freisinnige Zeitung:

Dies Agrarprogramm der Sozialdemokratie bekundet ohne Zweifel ein weiteres Abrücken von den revolutionären Zielen der Partei. Die Sozialdemokratie hat sich wiederum „gemausert". Die Vollmarsche Richtung hat bei der Aufstellung der Forderungen für die Landagitation den Sieg davongetragen. Das eigentliche sozialdemokratische Prinzip der Verwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gesellschaftseigentum ist in diesem Agrarprogramm zum mindesten nicht mit Klarheit zum Ausdruck gebracht worden. Statt diese prinzipielle Forderung auch in bezug auf den Grund und Boden konsequent aufzustellen, werden aus Rücksicht auf den „antikollektivistischen Bauernschädel" eine Reihe zum Teil liberaler Reformforderungen in das Programm aufgenommen, mit denen die Sozialdemokratie glaubt, mit Erfolg „Bauernfang" treiben zu können. Einige dieser Forderungen sind gewiß berechtigt und werden auch von dem entschiedenen Freisinn vertreten; anderes ist unklar oder undurchführbar. Es bleibt abzuwarten, ob der sozialdemokratische Parteitag in Breslau diese Arbeit der Agrarkommission zum Parteibeschluß erhebt. Jedenfalls zeigt sich auch hier, daß die Sozialdemokratie sich mehr und mehr aus einer Umsturzpartei zu einer radikalen, die bisherige Staats- und Gesellschaftsordnung respektierenden Partei entwickelt.

5. Das Volk (christlich-sozial):

Wie man auf den ersten Blick sieht, haben die Herren bei ihrem Agrarprogramm sehr viel opportunistisches Wasser in ihren Prinzipienwein gegossen. In Anlehnung an das Agrarprogramm der französischen Sozialdemokraten haben sie die Grundlage der sozialdemokratischen Wirtschaftsordnung, die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, leichten Herzens zum alten Eisen geworfen und statt dessen eine Reihe von kleinbürgerlich-liberalen Forderungen aufgestellt, mit denen sie hoffen können, erfolgreich auf den Stimmenfang bei den landwirtschaftlichen Arbeitern und den kleinen Bauern ausgehen zu können.

Manche der Palliativmittelchen, mit denen die sonst so gespreizt auf den Stelzen der „unentwegten" Parteidoktrin herschreitende Sozialdemokratie die kranke Zeit zu heilen sucht, sind ganz passabel und zum mindesten diskutabel .... Alles das sind Forderungen, die man, je nach seinem Standpunkte, für praktisch oder unpraktisch halten kann, die aber allesamt mit der Sozialdemokratie nichts zu thun haben. Wir sind davon überzeugt, daß einzelne, z. B. die Verstaatlichung der Versicherung für Mobilien und Immobilien, von den strammsten Mitgliedern des Bundes der Landwirte ohne weiteres unterschrieben werden würden. Andere, wie die staatliche Hilfeleistung bei verheerenden Naturereignissen, sind im Prinzip längst anerkannt, wenn auch praktisch nicht in genügendem Umfang erfüllt.

Dann kommt eine Reihe thörichter liberaler Forderungen, wie die des völlig freien Jagdrechts auf eigenem Boden (auch auf Zwergwirtschaften!), der Abschaffung der Fideikommisse ꝛc. Von einer grenzenlosen technischen Unkenntnis zeugt die Forderung der unbeschränkten Aufrechterhaltung und Erweiterung der Waldnutzungs- und Weiderechte. Das ist rückschrittlich im höchsten Grade. Jede rationelle Feld- und Forstwirtschaft muß mit den Waldnutzungs- und Weiderechten, diesen Ueberbleibseln einer längst vergangenen extensiven Betriebsweise, schleunigst brechen. Das sollte den Sozialdemokraten, die sich doch mit dem ganzen Wissen ihrer Zeit brüsten, nicht entgangen sein. Aber freilich, was können die Herren Bebel und Liebknecht von ländlichen Verhältnissen verstehen!

Unklar ist uns geblieben, wie der Besitz der toten Hand (Korporations-, Stiftungs- und Kirchengüter) in öffentliches Eigentum überführt werden soll. Mit oder ohne Entschädigung? Das Programm hüllt sich in Schweigen darüber. Der Kernpunkt des ganzen Programms findet sich unter Ziffer 13: „Bewirtschaftung der Staats- und Gemeindeländereien auf eigene Rechnung, oder Verpachtung an Genossenschaften von Landarbeitern und von Kleinbauern oder, soweit sich beides nicht als rationell erweist, Verpachtung an Selbstbewirtschafter unter Aufsicht des Staates oder der Gemeinde." Sehr vorsichtig ist der Zusatz, „soweit sich beides nicht als rationell erweist". Daß es sich nicht als rationell erweisen wird, weiß heutzutage schon jeder Mensch, der praktische Kenntnisse von der Landwirtschaft hat. Und da sich der von der Sozialdemokratie vorgeschlagene Betrieb auf keinen Fall als rationell erweisen wird, so ist die ganze Anwendung der sozialdemokratischen Wirtschaftsordnung auf die Landwirtschaft gescheitert.

(Forts. folgt.)

Tagesgeschichte.

Zum „Jubiläum". Als 1870 die deutsche Kriegsanleihe gezeichnet wurde, waren die hochpatriotischen Kapitalisten, die mit geraden genau so gut wie die mit krummen Nasen, nicht geneigt, zu zeichnen. Bis zum 4. August waren lumpige drei Millionen Thaler gezeichnet. Rothschild nahm nicht an der Zeichnung teil, auch Strousberg nicht; beide zählten sich der konservativen Partei zu. Dagegen erwärmten sie sich angelegentlichst für die — französische Kriegsanleihe. Zur Kennzeichnung der Natur des Geldsack-Patriotismus muß diese Thatsache in dieser gedenkeiten „Jubiläumszeit" wieder aufgefrischt werden.

Ein freisinniges Loblied singt die Voss. Ztg. in einem ihrer Jubiläums-Artikel auf die „Ansammlung des Großkapitals" seit 25 Jahren. Sie ist ganz entzückt über die Zunahme des Reichtums, denn durch den Prozeß „des Selbstwiedererzeugens wachse das Kapital ins Ungemessene." Der Lobfingende sieht nur die glänzende Vorderseite der ungeheuren Kapitalanhäufungen. Für die Kehrseite fehlt ihm offenbar jedes Verständnis. Mit dem famosen „ewigen Selbstwiedererzeugen" ist es so eine heikle Sache. Es ist ein geh[illegible]troller Heckprozeß, aus dem die Anhäufung entsteht [illegible] nur die menschliche Arbeit schafft diese Reichtumsvermehrung; nur weil der Arbeit ihr Recht auf deren Ertrag entzogen wird, weil das Kapital den Löwenanteil für sich räubert, summt es so ins Ungeheure auf. Die Kehrseite ist das ungeheure Massenelend der Gegenwart, das schließlich die ungeheuren Kapitalien selbst aktionsunfähig macht. Freilich für liberal-manchesterliche Hirne ist das unfaßbar.

Die Religion der Liebe. In Langenöls bei Laudan hatte sich der Ziegelmeister H. erschossen. Es wurde ihm das „ehrliche Begräbnis" von der Kirche versagt. Die Grabbegleitung sang den dort üblichen Spruch: „Gott ist es, der ihn auferweckt". Auf Veranlassung des Pastors Wieder erhielt wegen dieses schweren Frevels der Gutsinspektor Miers 3 M. Strafe zudiktiert, der Blattbinder Böhm 2 M. Letzterer bezahlte, Miers ließ es auf die gerichtliche Entscheidung ankommen und wurde natürlich freigesprochen. Die Klage lautete auf „Anstiftung" zum groben Unfug.

Eine Leichenrede wird dem unterlegenen Umsturzhelden Dr. Böttcher von verschiedenen Seiten gehalten. Nicht um der Person dieses Ritters von der traurigen Gestalt willen sondern wegen der liberalen Partei, die er vertreten hat, seien einige dieser Leichenreden wiedergegeben. So schreibt die Frankf. Ztg.:

Eine Niederlage in einem Bezirk, der als gesicherter Besitz gelten konnte, eine Niederlage, die einen Führer trifft — das ist wohl das Schlimmste, was einer Partei passieren kann. Die Nationalliberalen haben nach manchen argen Schlappen aus jüngster Zeit nun auch jenes Schlimmste über sich ergehen lassen müssen; in Waldeck-Pyrmont ist Herr Dr. Böttcher, der ihrer Garküche für Massenspeisung der Presse vorsteht, von einem obskuren antisemitischen Agrarier in der Stichwahl mit erheblicher Mehrheit geschlagen worden. Wenn die Meteriger Wahl vorzugsweise eine nationale Bedeutung hatte, so kommt der Waldecker eine politische Bedeutung zu, die nicht gering ist; die Niederlage Böttchers schließt gewissermaßen den Ring der Erscheinungen, die den schnellen Niedergang des Nationalliberalismus außer Zweifel stellen.

Die Leipz Volksztg. schreibt über den Fall des nationalliberalen Fahnenträgers, dem der Waldecker Wahlkreis entrissen worden ist, nachdem seiner Partei die Kreise Ulm, Eisenach, Weimar, Köln in rascher Folge verloren gegangen sind, folgendes:

Seit Bestehen des Reichstags war der Kreis in den Händen der Nationalliberalen, seit 1878 in der des Redakteurs der Nationalliberalen Korrespondenz, Dr. Friedrich Böttcher. Böttcher ist der Typus des heutigen Nationalliberalismus. Kein Organ der deutschen Presse hat an tückischer und hämischer Anfeindung der Gegner und Schmähsucht, keines an reaktionärem Haß gegen den Rest der Volksrechte und Freiheiten das würdige Organ, aus dem eine Reihe anderer der gleichen Partei sich den Stoff für ihre publizistische Thätigkeit holten, überboten oder nur erreicht. Im Reichstag spielte Böttcher eine geringe Rolle und hat nur den Ruhm hinterlassen, die Umsturzvorlage, dessen eifrigster Befürworter er, der Vorsitzende der Umsturzkommission, gewesen war, mit dem letzten Reste seiner parlamentarischen Lebenskraft, und selbst, nachdem bereits sein Mandat von der Wahlprüfungskommission kassiert war, unterstützt zu haben. Das Reichstagswahlrecht fand seit langer Zeit keinen böswilligeren Gegner als das Böttchersche Blatt, und die Ablehnung dieser Tendenz war nichts als eine zu Wahlzwecken erfundene Tendenzlüge. Diese ganze volksverderbliche Thätigkeit ist gerichtet.

Vom Moloch. Zur Erwerbung des Grund und Bodens, auf den der Truppenübungsplatz zu Doberitz gelegt werden soll, werden acht Millionen Mark erforderlich sein.

25]

Im Exil.

Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Das junge Mädchen hatte in die letzten Verse, die sie schlicht und schmerzlich ergriffen vortrug, ihre ganze Seele hineingelegt. Bravorufe ertönten. Und während Rene, dem die Kehle wie zugeschnürt war, leise ein erstickes „Dank!" stammelte, kommandierte Henri:

Ein Bravo für die Sängerin!

Die Hände schlugen im Takt zusammen.

Ein doppeltes Bravo für den Dichter!

Und in noch schnellerem Rythmus erschollen die vier feierlichen Salven. Dann entstand eine Pause. Rene, dem die Sympathie, die Annette ihm so naiv und freimütig gezeigt hatte, innig wohlthat, fühlte sich weich gestimmt und wie berauscht, als wenn er den ersten lauen Hauch des Frühlingswindes einatmete. Während seine Augen seine Dankbarkeit aussprachen, verharrte er in staunendem Entzücken. Liebesträume schwebten vom Himmel herab und senkten sich in sein Herz. Er wagte nicht zu sprechen, aus Furcht, sie damit zu verscheuchen.

Die schneidende Stimme Jules de Marnands riß ihn aus seiner schweigenden Verzückung:

Herr Messant, sagte er, was haben Sie denn eigentlich begangen, wofür sie zu einem so langen Exil verurteilt sind?

Der Nadelstich traf Nene tief. Er konnte ein nervöses Zusammenzucken nicht unterdrücken.

Wie unzart, eine solche Frage aufzuwerfen! rief die gute Rosa Krantz entrüstet:

Lassen Sie, lassen Sie, Fräulein. Es ist mir lieb, daß ich darauf antworten kann, begann Rene. Sein verletzter Stolz bäumte sich auf. Er sagte langsam:

Ich habe ein großes Verbrechen begangen, Herr de Marnand, ein Verbrechen, das Sie nicht begreifen werden. Ich habe die Partei der Armen und Enterbten der der Reichen und Mächtigen vorgezogen.

Er sah Annette an. Sie war bleich geworden, aber nickte ihm ermutigend zu.

Um das Gespräch auf etwas anderes zu lenken, rief Henri:

Und das Frühstück vergessen wir ganz! Ich habe einen wahren Wolfshunger! Flink ans Ufer!

In wenigen Minuten landete man an der Stelle, von der das Boot abgefahren war. Ein Träger mit einem wohlversehenen Speisekorb erwartete die jungen Leute. Rene ward seine Vorräte in die Masse. Am Fuße eines hohen Felsen wählten sie in einer Ausbuchtung, die sie vor Wind und Sonne schützte, einen großen viereckigen Steinblock als Tisch. Ringsum standen vom Schnee gebleichte, welke Kräuter. Während Henri den Tisch deckte, packten Annette und Rosa die Vorräte auf der mit Blumen übersäeten Wiese aus. Jules bemühte sich um seine Kousine. Er spielte den Liebenswürdigen, brachte ihr Sträuße von blauen Gentianen, Goldknöpfchen, roten Nelken, rosa blühenden Steinbrech. Am Bache pflückte er sogar, auf die Gefahr hin, sich die Füße naß zu machen, einen schönen Strauß Vergißmeinnicht.

Die Blume der Erinnerung, sagte er in spöttischem Tone so, daß Andre, der ihn hätte ohrfeigen mögen, es hören mußte. Aber Annette strafte ihn sogleich:

Hier, Rosa, sagte sie, sehen Sie, was mein Vetter mir für Sie gegeben hat.

Und sie reichte dem Mädchen ihren ganzen Strauß, für welche Galanterie Rosa Herrn Jules herzlich dankte. Annette behielt für sich nur einen blühenden Zweig Rhododendron unter dem Vorwand, daß er einzig in seiner Art wäre. Doch fand sie dies nur, weil Rene ihn entdeckt hatte.

Das Frühstück war, wie es gewöhnlich bei Gebirgsausflügen ist: geräuschvoll und reich an allerlei kleinen Unfällen und Ueberraschungen. Das Salz war vergessen worden, man ersetzte es durch den Frohsinn, der alle Gerichte würzte. Eine Flasche war zerbrochen worden und hatte das kalte Fleisch unerwartet mit Sauce versehen. Das Roggenbrot, das man im Vorbeigehen in einem Dorfe in der Nähe gekauft hatte, schien von ausgezeichnetem Wohlgeschmack. Es war nicht mehr als ein Glas Wein für die Person vorhanden. Das that nichts. Dies eine Glas stieg schon zu Kopfe. Uebermütige Einfälle machten sich Luft und platzten aufeinander. Man konnte glauben, daß die reine Luft und das frische Wasser hier von berauschender Wirkung waren. Henri gab tausend Tollheiten an. Annettes Augen strahlten und funkelten vor Freude. Rosa Krantz kreischte mitunter auf und Jules sogar verzichtete auf seine Sticheleien. Er wollte jetzt nur glänzen, bestechen, blenden, und so feuerte er denn die übrigen noch mehr an. Rene war nicht fröhlich. Er war glücklich, unruhig und zerstreut zugleich; er vergaß zu essen, so sehr war er nur damit beschäftigt, Annette zu betrachten und in seinem Innersten Träumen nachzuhängen, die ebenso leicht und rosig waren wie sie selbst.

Plötzlich fuhr ein Windstoß heulend durch die Tannen.

Seht doch, wie der See sich mit einem Male kräuselt, rief Henri.

In der That warf der See viele kleine Wellen, die den Schuppen einer grünen Riesenschlange glichen. Das Blau des Himmels schien vor den anrückenden schwarzen Wolken zu fliehen. Die Bäume neigten sich wie vom Schrecken erfaßt. Ein Gewitter, das wie aus dem Hinterhalt hervorbrach. Ein dumpfes Grollen ertönte jetzt hinter den Bergen, welche das Thal einschlossen. Schnell, vorwärts! Jetzt hieß es eilen. Im Umkreis von einer Meile war hier kein Unterschlupf zu finden. Wie eine Schar von Vögeln, die beim Schall eines Schusses zwitschernd auseinanderschwirren und auffliegen, so brach jetzt die kleine Gesellschaft lachend, rufend, gestikulierend auf, um den Paß, der in die Ebene führt, hinabzusteigen. Die jungen Leute mochten aber noch so schnell laufen; das Gewitter war schneller als sie. Da fiel auch schon der Regen, ein schwerer Regen, der den Erdboden peitschte und aufweichte, das Gras schlüpfrig machte und den Pfad schließlich in einen Bach verwandelte. Da waren die Sonnenschirme kein Schutz mehr. Der Wind kehrte sie um und zerfetzte sie. Der Donner grollte und der Blitz zuckte; und nun sollten sie von dem hohen Felsen auf einem Wege hinabsteigen, auf dem die Steine dem Wanderer beständig nachrollen. Weiße Nebel, die Vorhut der Wassermassen in den Wolken verhüllten schon das Thal mit ihren flockigen Wellen.

Nur Rene hatte einen Mantel um sein Ränzel gerollt; er entfaltete ihn und legte ihn um die Schultern Annettes, die sich zum Schein dagegen wehrte, wiewohl sie entzückt war, von ihm beschützt und gleichsam umhüllt zu sein. Sie nahm ihren Strohhut ab, der unter den Falten des dicken Stoffes wohlgeborgen war, eine große schwarze Kapuze umrahmte ihr Gesicht, das in seiner Frische einer wilden Rosenknospe glich. Der Regen warf große Tropfen in ihr vom Wind zerzaustes Haar.

Welch reizender kleiner Mönch Sie sind! konnte Rene sich nicht enthalten zu sagen.

Und unter diesem Kompliment erglühte die wilde Rose noch tiefer.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950730-10/fragment/page=0001

Die Reichstagswahl in Oels-Wartenberg, wo Herr v. Kardorff sein Mandat niedergelegt hat, findet am 17. Sept. statt. Kardorff kandidiert wieder.

Wegen wissentlicher Wahlfälschung stand der Gemeindevorsteher Westendarp von der Strafkammer zu Osnabrück. Von 593 Wahlberechtigten hatten nach der Liste 573 gewählt, wovon 571 auf Wamhoff, 2 auf Scheele fielen. Eine Untersuchung ergab, daß noch etwa 16 wahlberechtigte Wähler nicht gewählt hatten, dennoch aber in der Wahlliste als an der Urne erschienen bezeichnet waren. Auch vor Gericht wurde dies durch die Zeugen erwiesen, nachgewiesen wurde aber nicht, daß Westendarp die Liste gefälscht. Es erfolgte seine Freisprechung.

Der schmutzige Stimmenschacher, der im Kreise Meseritz-Bomst zwischen Antisemiten, die sich verkauft haben, und den Freikonservativen betrieben worden ist, muß zu einer gerichtlichen Untersuchung führen, wenn das ohnehin schon schwankende Rechtsgefühl im deutschen Volke nicht einen neuen Stoß erhalten soll.

Etwas von der deutschen Einheit. Einen kalten Wasserstrahl auf die überschwenglichen Jubiläums-Artikel über die „glorreichen Errungenschaften", die durch das „einige Reich" erzielt worden sein sollen, gießt folgendes Eingesandt in der Franff. Ztg.:

„Vor wenigen Wochen waren wir Zeuge, wie auf dem Hauptbahnhofe zu Frankfurt einem Franzosen, der kein deutsches Geld bei sich führte, französisches Silber zur Bezahlung seiner Fahrkarte bereitwilligst zu dem vorgeschriebenen Kurse abgenommen wurde, ein Verfahren, das gewiß zu billigen ist. Französisches (oder englisches) Geld nimmt also die Bahnbehörde anstandslos in Zahlung. Aber wehe dem Fremden oder Deutschen, der etwa mit bairischen, d. h. doch wohl deutschem Gelde in Preußen eine Fahrkarte kaufen will. Wollte hier neulich eine Dame nach Frankfurt reisen und hatte nur einen Schein der bairischen Notenbank bei sich, auf dem gedruckt steht: Deutsche Reichswährung. Die Annahme dieses Scheines wurde rundweg abgelehnt, und wenn die Dame nicht zufällig Bekannte an der Bahn getroffen hätte, die ihr die bairische Banknote umwechselten, so hätte sie trotz ihres „Deutschen Reichswährungs"-Scheines sich nicht einmal eine Fahrkarte kaufen können. Die Dame war eine Ausländerin und wunderte sich sehr darüber, daß im Gebiete des deutschen Reiches die deutsche Währung keine Geltung habe, wohl aber französisches und englisches Geld. Wir gute deutsche „Unterthanen" wundern uns über nichts, was unsere Obrigkeit in ihrer hohen Weisheit anzuordnen für gut befunden hat; aber wir bitten unterthänigst zur Feier des vierteljahrhundertjährigen Bestehens unseres einigen Deutschen Reiches diese Eierschalen früherer Zerrissenheit wenn möglich abzustreifen.

Die sächsischen Innungszöpfe haben in Meißen „in Anwesenheit königlicher, städtischer und kirchlicher Behörden" einen Beschluß gefaßt, welcher beweist, daß sie für sich das Recht verlangen, die Arbeitskraft von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen nach Belieben ausnutzen zu dürfen. Jeder blamiert sich, so gut er kann.

Seit 50 Jahren ist am Freitag in Württemberg wieder die erste Hinrichtung erfolgt. Es wurde ein Knecht hingerichtet, der seinen Kollegen beraubt und ermordet hatte. Haben die Raubmorde in den letzten 50 Jahren, wo nicht geköpft wurde, in Württemberg zugenommen? Und wenn nicht, warum greift man da zu der überlebten Strafart zurück, die selbst von vielen Juristen verabscheut wird?

Und noch ein „kleines Mittel". Die Vieheinfuhr nach Deutschland wird immer mehr erschwert und dadurch der Preis des Viehes künstlich in die Höhe getrieben. So ist die Erlaubnis zur Einfuhr von magerem Rindvieh aus Jütland mit dem 31. Juli d. J. zurückgezogen und die Quarantäneanstalt Haidding von diesem Zeitpunkt ab bis auf weiteres geschlossen worden. Demzufolge treten die früheren Verbote bezüglich der Ein- und Durchfuhr von Rindvieh, so weit die Quarantäneanstalt in Haidding in Betracht kommt, mit dem 1. August d. J. wieder in Kraft. Dänisches Rindvieh darf von da ab bis zum 1. Oktober d. J. nur noch auf der Eisenbahn über Woyens eingeführt werden. So werden die Taschen der Agrarier fortgesetzt künstlich gefüllt. Eine recht „nationale" Wirtschaftspolitik das!

Eine Soldatenmißhandlung wird aus Düsseldorf gemeldet. Ein Füselier wurde von seinen „Kameraden" so zugerichtet, daß er zusammenbrach und ins Lazarett gebracht werden mußte. Er hatte sich ohne Urlaub entfernt und die Kompagnie hatte deshalb nachexerzieren müssen. So hat diese widersinnige Strafmethode also wieder einmal die selbstverständlichen Resultate der Roheit gezeitigt.

Ein unerhörtes Verlangen stellen die Agrarier aufs neue, um sich auf Kosten des Volkes zu bereichern. Soeben erst haben sie sich im preußischen Landtage in der bekannten schmutzigen Weise 16 Millionen zugebogen, so verlangen jetzt schlesische Rittergutsbesitzer, es soll ihnen eine Entschädigung gezahlt werden für das 1848 aufgehobene Jagdrecht. Zu diesem Zwecke sollen die Gemeinden die Hälfte der ihnen zufließenden Jagdpachte den notleidenden Junkern fortgesetzt überweisen. Diese Frechheit übersteigt denn doch alle Grenzen!

Mariaberg übertrumpft. Wie unser Harburger Bruderorgan unter Bekanntgabe der authentischen Schriftstücke nachzuweisen in der Lage ist, ist die junge, hübsche Frau des Heizers Wübbe aus Harburg, die wegen Gemütskrankheit in der Provinzial-Pflegeanstalt zu Hildesheim untergebracht gewesen war, während ihres Aufenthalts daselbst geschwängert worden. Sie ist seit August in der Anstalt gewesen. Als er die Frau Mitte Juni wieder abholte, wollte man sie ihm anfänglich nicht herausgeben. Der Schuldige wird sich wohl leicht feststellen lassen. Er hat nach dem Strafgesetz bis 5 Jahre Zuchthaus zu gewärtigen.

Harte Strafen sind über zwei Reservisten vom Kriegsgericht verhängt worden. Sie hatten sich am Kontrolltage an Vorgesetzten vergriffen und müssen dafür in Rawitsch 6 Jahre Zuchthaus verbüßen, ein dritter erhielt 5 Jahre 6 Monate Gefängnis zudiktiert. Wie lange sollen noch so furchtbare Strafen verhängt werden dürfen für Vergehen, die ein bürgerliches Gericht mit kaum sovie! Wochen Gefängnis ahnden würde?

Ausland.

Frankreich. Politisches Schmarotzertum. Das statistische Jahrbuch der französischen Verwaltung für 1893 giebt über die Vermehrung des Beamtenpersonals erstaunliche ziffernmäßige Aufschlüsse. 1855 hatte Frankreich 30 761 Staatsbeamte, die 241 Millionen Gehalt bezogen; an Ruhegehältern wurden 23 Millionen ausbezahlt. Man weiß, daß auch das Kaiserreich nicht eben an einem ungenügenden Maße von Regierern litt und daß es ein Herz für seine Anhänger hatte. Das Heer von 30 761 Beamten, mit denen das Kaiserreich auslangte, deckte sicher aufs reichlichste alle Bedürfnisse einer verwickelten und schwerfälligen Verwaltung. Die Bevölkerung betrug damals 36 Millionen.

1870 war sie (zum Teil durch die inzwischen erfolgte Gewinnung von Savoyen und Nizza mit 670 000 Einwohnern) auf 38 Millionen gestiegen. Es gab dementsprechend auch mehr Beamte, 37 204, die 296,4 Millionen Gehalt und 30,5 Millionen Ruhegehalt bezogen.

1872 war die Bevölkerung durch den Krieg und den Verlust von Elsaß-Lothringen (1 600 000 Einwohner) auf 36,1 Millionen zurückgegangen. Es gab aber 49 095 Beamte.

1893 endlich, wo die Bevölkerung wieder den Stand von 1870, nämlich 38 Millionen, erreicht hatte, betrug die Zahl der Staatsbeamten 82 037 gegen 37 204, die Höhe ihrer Gehälter 517,2 gegen 296,4 Millionen, die ihrer Ruhegehälter 63,2 gegen 30,5 Millionen. Der Staat bezahlte also seinen Dienern 580,4 gegen 326,9 Millionen im Jahre 1870.

Diese Zunahme um 253,5 Millionen erklärt sich nur zum kleinsten Teil durch eine Erhöhung der Gehälter; zu einem kleinen Teil durch eine Vergrößerung des überseeischen Besitzes, der eine entsprechende Vermehrung der Beamtenstellen erforderte, zum allergrößten Teil durch das Bemühen der Politiker, ihre Verwandten und Freunde auf Staatskosten zu versorgen. Die Republik hat den 37 000 Beamtenstellen, die das Kaiserreich ihr hinterließ, 45 000 neue hinzugefügt. Sie hat 45 000 Personen in Schmarotzer verwandelt, die sich vom arbeitenden Teil des Volkes ernähren lassen, die noch am harmlosesten sind, wenn sie nichts thun, und die dem arbeitenden Volke die Arbeit erschweren, ja manchmal unmöglich machen, wenn sie auf den unglücklichen Gedanken kommen, ihr Gehalt durch amtliche Wichtigthuerei verdienen zu wollen. Die Bourgoispolitiker verstehen es, ihren Einfluß in bare Münze für ihre Sippschaft umzusetzen.

Italien. Cavalotti bringt unerbittlich neue Dokumente bei, die den Ordensschacher Crispis und andere unsaubere Geschäfte dieses Erzgauners und Ministerpräsidenten aufdecken. Für heute, Montag, ist Cavallotti vor den Untersuchungsrichter geladen, um dort seine Behauptungen zu wiederholen. Wie verhaßt Crispi beim Volke ist, geht daraus hervor, daß behauptet wird, sein „böser Blick" habe den Untergang des Schiffes Ortigra veranlaßt, bei dessen Stapellauf Crispi zugegen war.

Schweiz. In der „wilden Schweiz" hat der zürcherische Regierungsrat Locher in der Presse die Arbeiterinnenvereine zur Mitwirkung bei der Durchführung des Arbeiterinnenschutzgesetzes aufgefordert. Er stellt in Aussicht, daß, wenn notwendig, eine Frau zur Inspektionsthätigkeit angestellt wird. — In Deutschland dagegen werden die Arbeiterinnenvereine aufgelöst und ihre Mitglieder bestraft, wenn sie bei der Wahrnehmung der Interessen des arbeitenden Weibes öffentliche Angelegenheiten erörtern, wozu auch von findigen Staatsanwälten die Besprechung über die Durchführung eines Gesetzes gerechnet werden kann.

Bulgarien. Der Herrscher des Landes, Prinzessin Klementine, ist mit ihrem Sohne, dem Fürsten Ferdinand, wieder nach Karlsbad gereist. Jetzt wird ein Brief Stambulows an Ferdinand vom 6. Juli bekannt, in dem Stambulow bittet, Bulgarien verlassen zu dürfen, Helow und Tüfektschiew hielten sich beständig in der Nähe seines Hauses auf.

England. Bis Sonnabend wurden gewählt: 400 Unionisten (Gewinn 110), 172 Liberale (Gewinn 20), 12 Parnelliten, 68 Antiparnelliten und 2 Arbeiterkandidaten. Die Unionisten verfügen nunmehr bestimmt über eine Mehrheit von mindestens 152 Sitzen in dem neuen Unterhause.

Amerika. Die Indianer haben die ganze Bevölkerung des Jacksons Hole-Thales, die aus 75 Familien bestand, ermordet. Eine Abteilung Bundeskavallerie wird dort erwartet.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Wegen Beleidigung des Kriegsministers war gegen den Redakteur der Bremer Bürgerzeitung, Genosse Herm. Rhein, Anklage erhoben worden. Die Anklage stützte sich auf einen Artikel, der die Thatsache mitteilte, daß ein Soldat, der einen fliehenden Gefangenen erschoß, wegen dieser That zum Gefreiten befördert worden war. Der Artikel schloß mit der kritischen Bemerkung: „Der Militarismus hätschelt den privilegierten Menschenmord". Es erfolgte kostenlose Freisprechung.

§ Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz ist der Arbeitersängerbund Berlins in Strafe genommen worden. Dem Bund war von der Polizeibehörde aufgegeben worden, die Mitgliederverzeichnisse dem Polizeipräsidium einzureichen, weil auf den Bund die Bestimmungen des preußischen Vereinsgesetzes anzuwenden seien. Der Bund ist der Aufforderung nicht nachgekommen; daraufhin sind die Leiter der einzelnen Gesangvereine mit Strafbefehlen von je 15 M., der Leiter des Bundes mit einem solchen von 30 M. bedacht worden. Gegen die Strafbefehle wird Einspruch erhoben werden.

Parteinachrichten.

— Genosse Albert in Düsseldorf, der sich aus Lebensüberdruß das Leben nahm, aber ein durchaus biederer Charakter war, ist am Mittwoch nachmittag sang- und klanglos wie ein Hund verscharrt worden und das trotz des Protestes unserer Genossen und ohne daß jemand von der Beerdigung amtlich Kenntnis gegeben worden ist. Genosse Wessel war morgens 10 Uhr auf dem Friedhofe, woselbst die Leiche Alberts ungewaschen, genau so, wie sie aufgefunden, in Kleidung im Totenkeller lag. Wie teilte dort dem Inspektor mit, daß Albert seitens der Anverwandten und der Partei beerdigt werden würde und die nötigen Schritte dazu schon eingeleitet worden seien, worauf geantwortet wurde, daß die Friedhofsverwaltung damit einverstanden sei. Trotzdem nun die sofortige Beerdigung! Nach dem Vater Alberts hat das Standesamt absolut nicht gefragt, trotzdem am Dienstag die Genossen Huhn und Wessel dem Polizeikommissar Melles mitgeteilt, daß am Mittwoch der Vater Alberts nach hier kommen würde und per Draht ein anständiges Begräbnis seines Sohnes wünschte. Dem Herrn Oberbürgermeister, dem unsere obigen Freunde von dem Gewaltakte persönlich sofort Mitteilung gemacht, schien die Angelegenheit unglaublich. Wessel forderte, daß die Leiche Alberts wieder ausgegraben würde, was der Herr Oberbürgermeister als wahrscheinlich in Aussicht stellte. — So verfährt der christliche Staat mit einem unglücklichen Proletarier, der die Bürde des Daseins, die länger zu tragen ihm unmöglich schien, von sich warf. Wenn es sich um einen angesehenen christlichen Selbstmörder oder um einen falschen Ehrbegriffen zum Opfer gefallenen Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaft gehandelt hätte, dann hätte man sicher dem Selbstmörder die üblichen Ehren gewährt. Aber so war es ja nur ein Proletarier.

— Ein Gewerkschaftsfest mit Umzug fand in Oldenburg statt. An dem Umzug, der anfänglich verboten war, später aber genehmigt wurde, beteiligten sich an 3000 Personen mit etwa 30 Fahnen und Emblemen. Dr. Diederich aus Bremen hielt die Festrede.

— Aus England wird dem Vorwärts geschrieben, daß im Osten Londons ein Arbeiterbildungsverein errichtet worden ist, der den Namen „Deutscher sozialistischer Lese- und Diskutierklub Vorwärts" führt und den Zweck hat, für die im Osten der englischen Riesenstadt lebenden vielen deutschen Sozialisten, denen die Teilnahme an den Versammlungen des im Westen Londons bestehenden kommunistischen Arbeiterbildungsvereins wegen der weiten Entfernung erschwert ist, ein Sammelpunkt der Geselligkeit und eine Stätte zur weiteren Ausbildung zu sein. Der neue Verein hat sein Lokal 36 Gr. Alie Street, Whitechapel, London E.

Zur Arbeiterbewegung.

— Der Streik der Bauarbeiter in Halle dauert unverändert fort. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Nürnberg. Nach fünfwöchiger Dauer ist der Streik in der Essserschen Hofmöbelfabrik durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet.

— Ein allgemeiner Ausstand der Berliner Kistenmacher steht, wie in der Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission am Freitage mitgeteilt wurde, unmittelbar bevor. Dem geplanten Ausstande wurde genügende materielle Unterstützung in Aussicht gestellt.

Fürth. Die Lohndifferenzen der Glasschleifer der Firma Hönika u. Vincenz in Seeleinsbühl sind beglichen. Die Arbeiter haben ihre Forderungen bewilligt erhalten und die Arbeit wieder aufgenommen.

Verhandlung der Innungsmeister mit den streikenden Maurern.

Nachdem die hiesigen Innungs-Maurermeister im Gefühl ihrer stolzen Würde und im Vertrauen auf die Macht ihres Geldsackes bisher alle Annäherungen der streikenden Gehilfenschaft protzig zurückgewiesen hatten, suchten sie, zerrissen durch Uneinigkeit unter einander und in der ihnen aufdämmernden Erkenntnis, daß ihre thatsächlich bereits erlittene Niederlage mit jedem Tage beschämender wird, auf Umwegen mit den Streikenden in Verbindung zu treten. Sie nahmen das Gelenk über das Maurergewerk. Das hallesche Maurergewerk ist entstanden aus der alten Gesellenzunft, besitzt aber seit über zehn Jahren lediglich den Charakter einer Krankenkasse, der mehrere hundert hiesiger Maurer mit ihren Familien angehören.

Am Sonnabend abend fand die Zusammenkunft in der Moritzburg statt. Die Streikenden hatten vorher die Frage zu erörtern, ob sie der Versammlung fernbleiben sollten. Sie entschieden sich für die Beteiligung, nachdem sie über die einzunehmende Haltung unter sich Vereinbarungen getroffen hatten. Die Versammlung, die von etwa 200 Personen besucht war und der auch etwa neun Innungsmeister beiwohnten, nahm folgenden Verlauf:

Der Vorsitzende der Krankenkasse, Herr **Weise**, hob hervor, daß nur Maurer Zutritt haben könnten. Dann führte er aus: Donnerstag früh hat eine Besprechung mit den Innungsmeistern stattgefunden behufs Beilegung des Lohnstreites. Die Meister sind bereit, 37 Pf. zu zahlen, den geringeren 36 Pf. und weniger, den besseren Kräften 38 Pf. Höher können sie, wie sagen, heuer nicht gehen, doch wollen die Meister nächstes Jahr 38 bis 40 Pf. zahlen.

Obermeister **Hildebrandt**: Die Innung hat am Donnerstag beschlossen, mit dem Gewerk eine Einigung zu versuchen. Die Lohnforderung hätte im Winter erhoben werden sollen, jetzt in der Hochsaison, wo die Abschlüsse erfolgt sind, läßt sich nicht viel machen. Die Meister sind bereit, 36 bis 38 Pf. zu zahlen und glauben, daß alle damit zufrieden und einverstanden sein können. Daß auch die Junggesellen gleichfalls 36 Pf. bekommen sollen, würden die älteren Gesellen wohl selbst nicht für recht finden. Bitte, einigen Sie sich.

Maurer **Pfau**: Die Gewerkschaft darf sich als Krankenkasse nicht mit der Lohnfrage befassen. Das ist statutenwidrig. Hätten die Meister früher, wo wir uns ihnen mehrmals genaht haben, diese Vorschläge gemacht, so wäre vielleicht eine Einigung möglich gewesen; jetzt nicht mehr. Wir bestehen fest auf der Forderung von 40 Pf.

Maurer **Dittmar**, Vorsitzender der Streikkommission: Seit zehn Jahren sehe ich heute zum erstenmale in einer unserer Versammlungen Meister. Besser wäre es gewesen, die Meister hätten nach dem 1889er Streik Fühlung mit uns behalten. Den 13 Wochen dauernden Streik haben wir damals unter den größten Opfern geführt. Wir empfanden seine schlimmen Folgen an unserem Leibe, die Meister an ihrer Kasse. Damals gelobten uns die Meister 40 Pf. Stundenlohn. Trotzdem sind hinterher die Löhne wieder auf 38, 36, 32 Pf. gesunken. Wir haben den gegenwärtigen Streik nicht provoziert. Selbst nichtorganisierte Kollegen drängten auf uns ein, heuer in die Lohnbewegung einzutreten. Nach der ersten, äußerst stark besuchten Maurerversammlung baten wir die Meister, mit uns zu verhandeln. Wir erhielten keine Antwort. Warum haben die Herren die Lohndrückerei vorgenommen? Die „schlechte Konjunktur" darf nicht als Grund angegeben werden. Der uns versprochene Lohn von 40 Pf. bestand seit 1889 zu Recht. Sie hatten auf Grund desselben ihre Anschläge anzufertigen. Oder sollte etwa unsere schwach gewordene Maurer-Organisation die Ursache des Lohndrückens sein. Das kann ich nicht glauben; nein, das kann ich nicht glauben. (Heiterkeit) Trotzdem steht für mich fest: Wenn wir einig waren, dann hätten Sie die Löhne nicht so gedrückt. (Heiterkeit und lebhaftes Bravo!)

Sie bieten jetzt 36–38 Pf. und unterhandeln mit der Krankenkasse. Warum nicht mit uns, mit der Kommission? Wir sind doch nur die vorgeschobenen Posten, getragen vom Vertrauen unserer Kollegen. Uns macht das kein Vergnügen, bringt uns auch keinen Vorteil. Wenn bei Ihnen, wie Sie alle bestätigen, bekomme ich gewiß keine Arbeit mehr. (Heiterkeit) Warum also haben Sie sich nicht mit uns einigen wollen? Die heute gebotenen Lohnsätze werden nicht angenommen werden. Wir halten's aus. (Maurermeister Grothe macht die Handbewegung des Geldhinzählens.) O, wir halten's schon aus; erst heute sind wieder 1500 M. angekommen. Hätten Sie sich gleich zu einigen gesucht, da wäre schon längst alles gut. Bei den Lohnabzügen waren sie ja so einig, warum nicht auch bei den Submissionen? Wie konnte Meister Reichardt beim Riebeckstift den Anschlag um 33 000 M. unterbieten? Wo soll das hinführen? Durch solche Unterbietungen kommen sogar die Angestellten des Bauamts in ein schiefes Licht; die Vorgesetzten sagen ihnen: „Was habt Ihr denn da wieder einmal gerechnet? Der macht's ja um 33 000 M. billiger und kann doch auch rechnen?" (Mehrfache Zustimmung seitens anwesender Meister.) Geben Sie heuer 38 Pf Mindestlohn und nächstes Jahr 40 Pf., dann kann man vielleicht für eine Einigung eintreten.

Maurermeister **Friedrich**: Was ich bisher gehört habe, war sehr sachlich. Geht es so fort, so kommt eine Einigung heute zu stande. Wenn nicht, so gehen wir als Männer auseinander, die sich gegenseitig aussprechen haben. Wir hängen von den Verhältnissen ab, die stärker sind als die einzelnen. Auch wir wünschen, daß die Maurer, die doch als unsere Mitarbeiter an demselben Werke arbeiten wie wir, mehr bekommen. Uns Streikkomitee haben wir uns nicht gewandt, weil wir in dem Maurergewerk die Vertretung der Gesellen erblicken und ihm wirkliche Gesellen angehören. Ich bin auch Geselle gewesen und habe als solcher in Dänemark gearbeitet.

Die Abmachungen von 1889 wollen nicht viel besagen. Die Lohndrückungen sind nicht zwischen uns verabredet worden; sie kommen peu à peu und waren uns selbst verdrießlich. Auch wir erstaunten über die Unterbietungen bei Submissionen. Die Lohndrückung kam, als schlechte Verhältnisse über die Stadt hereinbrachen. Ich bin garnicht dafür, daß der Lohn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950730-10/fragment/page=0002

bei 40 Pf. stehen bleibt. Es muß noch mehr werden. Wir wollen nicht die Löhne auf die Dauer festlegen. Es ist ja möglich, daß in zehn Jahren der Stundenlohn auf **60, 70** Pf. sich hebt. Jedes Frühjahr soll bei den vielen gemeinsamen Interessen, die wir haben — wir sind doch auf einander angewiesen — vereinbart werden, welchen Lohn wir in der nächsten Saison zahlen werden. Dann vermeiden wir den Krakehl, der niemandem mehr zuwider ist als mir. Ich bin für den Leipziger Modus. Sagen Sie, was Sie für nächstes Jahr haben wollen. Oder noch besser: Warten Sie ab, ob im nächsten Frühjahr die Bauthätigkeit noch reger ist, dann verlangen Sie noch höheren Lohn. Setzen Sie sich in die Lage des Unternehmers; man kann ja nie besser thun, als sich in die Lage des anderen Teiles zu versetzen. (Wohl, Herr Friedrich! Versetzen Sie sich also heuer in die Lage des Arbeiters!) Heuer zahlen wir die Lohnerhöhung aus der Tasche. Wir wollen also 36—38 Pf. zahlen und behalten uns für nächstes Jahr eine Aufbesserung vor.

Maurer **Beck**: Wir haben schon stets gewünscht, daß die Löhne mit den Meistern vereinbart werden; denn die Kosten für das gegenseitige Sichunterbieten werden in letzter Linie doch nur aus dem Arbeiter herausgelegen. Aber als wir 1889 eine Vereinbarung mit den Meistern treffen wollten, gaben sie uns mehrmals keine Antwort. Und heuer? Da kam die Antwort zu spät. In dem Schreiben stand, man lehne die Verhandlungen mit uns ab, weil die Innung bereits mit dem Gewerk in Unterhandlungen getreten sei. Das war nicht wahr, Herr Hildebrandt! Die Verhandlungen sind erst viel später versucht worden. Doch wäre auch der Brief rechtzeitig in meine Hände gelangt, so hätte die Maurerversammlung doch keinen andern Beschluß gefaßt.

Wir verlangen vor allem einen Mindestlohn. Was soll das heißen: bis 36 und 38 Pf.? Wer will das wissen, ob die Arbeit eines Maurers einen Pfennig mehr wert ist? Stehen wir da nicht auf dem alten Flecke? Herr Friedrich hat ja selbst auf der Leipzigerstraße nur 31 Pf. bezahlt, und jetzt sagt er, er wünsche, daß jeder Arbeiter möglichst viel erhalte. Wir bleiben unbedingt auf der Forderung eines Mindestlohnes bestehen. Doch die heutige Versammlung kann gar keine Vereinbarung treffen. Der Streik ist durch eine öffentliche Maurerversammlung proklamiert worden, und nur an diese, meine Herren, haben Sie sich zu wenden. Ich erkenne die heutige Versammlung nicht an. Seit 1884 die Gewerkschaft nur noch eine Krankenkasse darstellt, steht ihr nicht mehr die Befugnis zu, in Lohnfragen Entscheidung zu treffen. Mögen die Meister heute erklären, daß sie heuer 38 Pf. Mindestlohn zahlen, dann wollen wir vielleicht darauf eingehen, und die abgereisten Kollegen kommen zurück.

Vorsitzender **Weise**: Mit dem Streikkommitee wollte die Innung nicht verhandeln, weil sie es nur mit den gelernten halleschen Maurern zu thun haben wollte.

Maurermeister **Friedrich**: In dem Antwortschreiben der Meister steht nicht, daß bereits Verhandlungen mit der Gewerkschaft gepflogen wurden. Die 31 Pf. auf der Leipzigerstraße sind in meiner Abwesenheit gezahlt worden; ich habe, als ich es erfuhr, sofort aus meiner Tasche zugelegt.

Maurer **Seifert**: Als wir 1885 zum erstenmale in eine Lohnbewegung eintraten, war's im Winter. Was thaten die Meister? Sie ließen die Gehilfen ins Kontor kommen und ließen sich ihre Unterschrift geben, und die beiden Kollegen, die die Eingabe unterzeichnet hatten, wurden von den Herren Schubert u. Gebhardt **entlassen**. Bei den Lohnbewegungen 1886 und 1887 war's ebenso; der Lohn stieg auf 33 und 34 Pf. Das Publikum denkt dann, diesen Lohn erhalten sie alle, aber die meisten erhalten in der That viel weniger. Hierauf kam das Jahr 1889. Wieder wendeten wir uns an die Meister. Damals sagte Herr Hildebrandt (in einer Innungsversammlung im Café David): „Es ist unter unserer Würde, mit den Gesellen zu verhandeln. Meister Böckmann in Berlin hat gesagt, steigende Löhne bedeuten steigende Häuserpreise; höhere Löhne liegen demnach in Ihrem eigenen Interesse. Jetzt endlich sehen nun die Herren ein, daß sie mit uns verhandeln müssen. Solche Meister, die die Löhne unterbieten, wie beim Riebeckstift, die werden nicht aus der Innung geworfen, wohl aber solche, die unsere Forderung bewilligen. Die Löhne sind nicht bloß neu zu benennen, sondern sie sind systematisch heruntergedrückt worden. Mit den heutigen Löhnen ist nicht auszukommen; wer noch menschlich fühlen kann, muß das zugeben. Vor zwei Jahren baten wir um Erhöhung der Löhne, ohne eine gewisse Höhe anzugeben. Was geschah? Der die Eingabe unterschrieben hatte, wurde vom Maurermeister Lucke entlassen. Da bekommt man einen Abscheu.

Die geringe Baulust darf nicht haftbar gemacht werden für die Lohndrückerei. In Hamburg war die Baulust nicht größer, und doch haben die Innungsmeister freiwillig jedem Maurer 60 Pf. Stundenlohn geboten. Bei dem früheren Lohnsatze von 50 Pf. versuchte ein Meister einmal, einem Maurer den Lohn auf 45 Pf. zu drücken. Da haben aber die Meister selbst darauf gedrungen, daß dem Manne die 50 Pf. nachbezahlt worden sind. Ich bin auch nicht für die 38 Pf., wie der erste Redner. Wären die Meister gleich zu Anfang gekommen, so wäre eine Einigung auf diesen Satz möglich gewesen, jetzt nicht mehr. Stimmen Sie nur unserem Mindestlohn zu. Wir halten es aus.

Maurer **Dittmar**: Wie der Vorsitzende sagte, hat die Innung mit dem Komitee nicht verhandelt, weil sie es nur mit „gelernten" Maurern zu thun haben wollte. Ja, glauben denn die Herren, daß die Streikenden ihre Vertrauen auf Pfuscher gesetzt haben?

Vorsitzender **Weise**: Will die Gesellschaft einen Vergleich anstreben, natürlich mit 38 Pf. Mindestlohn? (Viele Zurufe: Nein, nein! denen nur vereinzelte Ja! untermengt sind.)

Maurer **Glinz**: Gestehen die Meister heute einen Mindestlohn von 38 Pf. zu, so gehen wir vielleicht darauf ein.

Maurermeister **Friedrich**: Als Stadtverordneter muß man sehen, daß die städtischen Bauten möglich billig hergestellt werden. Wenn Sie im Kollegium säßen, müßten Sie es auch so machen.

Vorsitzender **Weise**: Ich frage die Gesellschaft, ob sie auf 38 Pfennige Mindestlohn eingehen würde. (Ueberwiegende Ja, vereinzelte Nein.)

Maurer **Dittmar**: Meine Herren, sagen Sie nicht bis 38 Pf.; zahlen Sie mindestens 38 Pf. Und wenn Sie heuer dabei nicht auskommen können, dann greifen Sie mal in die Tasche und heben Sie einen Teil von dem heraus, was Sie in den anderen Jahren zu viel eingesteckt haben. (Große Heiterkeit.)

Obermeister **Hildebrandt**: Bis zu 38 Pf. Dafür glaube ich eintreten zu können. Sind Sie damit einverstanden, daß 36 bis 38 Pf. gezahlt werden? (Stürmische Zurufe: Nie, niemals, nein!)

Maurer **Dittmar**: Ein bindender Beschluß könnte heute ohnehin nicht gefaßt werden; das ist nur in einer öffentlichen Versammlung möglich. Kommen Sie (die Meister) nur mit hin. Wie viele „hallesche" Maurer, d. h. hier geborene Maurer giebt es denn? Besuchen Sie unsere nächste Versammlung, dann ist eine Einigung noch möglich.

Maurer **Kaindorf**: Als Sie erfuhren, daß wir in den Streik eintreten wollten, zahlen Sie ja sofort 35 und 36 Pf. Wozu würden wir jetzt 3 Wochen gestreikt haben, wenn wir Ihr Angebot annehmen wollten? Lassen Sie das „bis" weg; das klänge schlecht. Es geht ja andernteils auch. Die Meister können ohnehin nicht beurteilen, da sie zu wenig auf den Bau kommen, ob ein Maurer 36 oder 38 Pf verdient. Wir wollen abstimmen, ob 38 Pf. Mindestlohn von den Maurern angenommen werden.

Maurer **Seifert**: Abstimmen können wir nicht. Beide Teile müßten erst unter sich darüber beraten.

Vorsitzender **Weise**: Soeben sagt mir Obermeister Hildebrandt (die Meister hatten vorher eine Zeit lang lebhaft die Köpfe aneinander gesteckt.), daß die Meister bis zu **37** Pf. Mindestlohn gehen wollten. (Tumult, Zuruf: Kuhhandel! Lachen. Oho und Pfuirufe.)

Maurer **Dittmar**: Nur eine öffentliche Versammlung kann über Annahme oder Ablehnung dieses Angebots entscheiden. Erscheinen Sie dort, meine Herren!

Der Vorsitzende schließt rasch die Sitzung, die seit Bekanntwerden des 37 Pf. Angebots sichtlich erregt blieb über den der Versammlung zugemuteten Kuhhandel.

Die Meister verlassen den Saal. Unter Absingung des Maurer-Streikliedes folgen die Maurer.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 29 Juli.

* **Ueber die Freisprechung** des Genossen Schneckenburger von der Anklage, den Polizeisergeanten Kähne beleidigt zu haben, berichten wir in vorliegender Nummer ausführlich. Erstaunt wird sich jeder fragen, warum Kähne nicht sofort wegen Meineidsverdachts verhaftet worden ist, wenn man sich der Affaire erinnert, die vor einigen Wochen in Dortmund sich zugetragen hat, wo sofort Schröder und mehrere andere Genossen wegen „dringenden Meineidsverdachts" in Haft genommen wurden. Nun, wir meinen, der Verdacht, etwas Falsches beschworen zu haben, war weder in Dortmund noch anderwärts so nahe liegend, wie im Falle Kähne.

* **Vom Streik der Bauarbeiter.** Ueber die Verhandlung, die am Sonnabend abend zwischen Gesellen und Meistern stattfand, berichten wir ausführlich an anderer Stelle. Es wirkt nachgerade komisch, daß die Herren Meister, denen doch das Messer hart an der Kehle sitzt, immer noch sich in der Rolle gefallen, als teilten sie freiwillig Gnaden aus. Sie haben sich so sehr in die Kateridee verrannt, sie seien die Männer und die Arbeiter die von ihnen abhängigen Kinder, daß sie garnicht merken, wie „peu à peu" — um mit Herrn Friedrich zu reden — das Verhältnis sich umgedreht hat. Für gestern hatte Herr Obermeister Hildebrandt den Vorsitzenden des Streikkomitees zu sich geladen; auch diese Besprechung verlief resultatlos. Wenn die Meister klug sind, besuchen sie die morgen, Dienstag, abends 8 Uhr im „Neuen Theater" stattfindende öffentliche Bauarbeiter-Versammlung, bleiben aber nicht wieder hinter den Koulissen sitzen sondern setzen sich hübsch mit in den Saal hinein. Der Großmauskitzel, der noch in einigen der Herren Meister recht fest sitzt, wird zermürbt werden, darauf dürfen sich die Herren schon verlassen. Wer da glaubt, als Unternehmer die für ihn schaffenden Arbeiter von oben herunter en canaille behandeln zu dürfen, muß zum Bewußtsein seiner Thorheit gebracht werden, und die Arbeiterschaft ist schon mit ganz anderen Leuten fertig geworden, als es die Innungsmaurermeister von Halle sind. Heute früh haben sämtliche am Postneubau beschäftigten Kalk- und Steineträger sich auf ihre Pflicht besonnen und die Arbeit wieder niedergelegt. Bravo! Dagegen sind heute einige Maurer zu Streikbrechern geworden, weil ihnen die Meinung eingeflößt worden ist, die Verhandlung mit den Meistern habe zur Beendigung des Streiks geführt.

* **Aus dem Bureau des Nationaltheaters.** „Der jüngste Leutnant", Posse von Jakobson, geht heute wiederholt in Szene. Die Einakter-Abende haben sich viele Freunde erworben und so giebt die Direktion für Dienstag eine hübsche Zusammenstellung von drei amüsanten Stückchen. Demnächst hat der fleißige Regisseur Herr Siegwart seinen Benefisabend und — wie verlautet — stehen uns ganz gesondere Ueberraschungen bevor.

* **Tod eines Proletarierkindes.** Seit Donnerstag früh war der achtjährige Hermann Kelz in der Wohnung seiner Eltern eingeschlossen. Der Vater ging dem Kräutersuchen nach, die Mutter auf Arbeit. Gestern früh sind beide Eltern wiederum fortgegangen und schlossen den Knaben ein. Als sie abends ¼10 Uhr nach Hause kamen, lag der arme Junge tot in der Küche. Mehrmals hat er zum Fenster hinausgerufen: „Meine Mutter läßt mich aber auch garnicht heraus." Die Untersuchung wird wohl ergeben, ob die Eltern eine direkte Schuld an dem Tode des Kindes trifft.

* **Bei der hiesigen Gerichtskasse** des Land- und Amtsgerichts wird zufolge Verfügung des Justizministers Schönstedt vom 25 Juli cr. ab für Halle a. S., Giebichenstein, Böllberg und Diemitz ein vereinfachtes Kosteneinziehungsverfahren eingeführt, wodurch Beträge bis zu 30 Mark (ausgenommen Geldstrafen) binnen 3 Tagen gezahlt werden müssen. Wird ihr erhalb drei Tagen nach Behändigung der Rechnung Zahlung nicht geleistet, so tritt die Beitreibung im Zwangsverfahren ein. Wir machen unsere Leser auf die Härte dieses Verfahrens aufmerksam und empfehlen bei Fällen von Zahlungsunfähigkeit die Beschwerde.

* **Die größten Städte Deutschlands** sind nach der Gewerbezählung vom 14. Juni folgende: Berlin 1 616 381 (1890: 1 578 794), Hamburg 605 252 (569 260), München 390 872 (350 594), Leipzig 385 281 (357 147), Breslau 362 597 (335 186), Dresden 323 152 (289 844), Köln 306 855 (281 680), Frankfurt a. M. 223 035 (196 695), Hannover 202 141 (174 455), Altona 145 678 (143 249), Straßburg 132 105 (123 500).

* **Neue Bedürfnisanstalten** sind errichtet worden am Steinthor, am Roßplatz, auf dem Rannischen Platze und an der Schifferbrücke.

* **Gestorben** sind in der Woche vom 21. bis 27. Juli 77 Personen und zwar an: Brechdurchfall 11, Lues 1, Krämpfen 5, Altersschwäche 2, Masern 3, Darmkatarrh 13, Hirnschlagfluß 1, Lungenentzündung 8, Herzverfettung 1, Scharlach 1, Herzbeutelentzündung 1, Abzehrung 2, Diphtherie 3, Hirnentzündung 4, Ertränken 1, Herzschwäche 1, Lungenschwindsucht 4, Schwäche 4, Magen- und Leberkrebs 2, Bauchfellentzündung 1, Magengeschwulst 1, Durchfall 1, innerer Verblutung 1, Zuckerharnruhr 1, chron. Bronchialkatarrh 1, Wirbelsäulenentzündung 1, schweren Verletzungen 1, Tuberkulose der Wirbelsäule 1. — Darunter 8 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

Salzmünde. Sonntag abend wurde zwischen hier und Schochwitz der Knecht im Kornfelde tot aufgefunden, der am Sonnabend vom Rittergutsbesitzer Zimmermann nach Salzmünde geschickt worden war, um hier das Geld zur Lohnzahlung zu holen. Er soll 1600 M. bei sich gehabt haben.

Kleine Provinzial-Chronik. Aus Magdeburg kam am Sonnabend der Buchhalter Karl Hahn und Otto Willey mit 15 000 M. flüchtig geworden. Sie sind 25 bez. 21 Jahre alt. — In Erfurt stürzte der zu Besuch anwesende Zugführer Blum aus Kassel, 58 Jahre alt, aus dem dritten Stock herab und blieb tot liegen. — Bei Seeburg ertrank im Süßen See beim Baden der 13jährige Otto Bachram. — Beim Pflügen stürzte am Freitag ein Ochse des Rittergutes Oberwiederstedt infolge der „ochsigen Hitze" tot zusammen. — Eine meterhohe Flamme lohte auf, als in der Sangerhäuser Straße zu Eisleben Arbeiter einen Gasrohrbruch reparieren wollten. Durch Aufschütten von Erde wurde die Flamme erstickt. — Der 60jährige Bergmann Wilhelm Wagner aus Burgörner-Altdorf wurde im Schacht als Leiche aufgefunden. — In Jerxheim stürzte die große Schiffsschaukel zusammen; zum Glück gab es bei den etwa 40 Insassen nur Beulen und Hautschürfungen. — Beim Kirschenpflücken stürzte in Greiner bei Freyburg der 24jährige L. vom Baume und starb kurze Zeit darauf. — Böse Jungen haben in Ilversgehofen bei Erfurt ein Schulmädchen so mit Steinen geworfen, daß das Kind starb. — Der Weber Feld aus Hüdeswegen und der Arbeiter Hoyer aus Belzig wurden in Burg in Haft genommen, weil sie versuchten, Mädchen auf offener Straße zu schänden. In beiden Fällen vereitelten Arbeiter das ruchlose Beginnen. — In Zörbig wird in der Orgelbauerei von Rühlmann für die Hallesche Marktkirche eine Orgel mit ca. achtzig Registern gebaut.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 27. Juli. (Ferienstrafkammer.) Das Volksblatt und Polizeisergeant Kähne. In Nr. 90 des Volksblattes vom 18. April fand sich folgende Lokalnotiz:

Eine rettende That. Am zweiten Osterfeiertage kamen abends gegen 8 Uhr zwei etwa 18—20jährige Leute am Hospitalplatz vorbei. Sie sangen ruhig vor sich hin. Ohrenzeugen bestätigen, daß von Brüllen durchaus nicht die Rede sein konnte. Ein Polizeisergeant sagte zu ihnen: „Macht, daß Ihr nach Hause kommt!" Der eine junge Mann antwortete: „Na, Herr Sergeant, es ist ja noch nicht um 8 Uhr." „Halte die Fresse!" antwortete der Mann des Gesetzes. „Nana, ich habe überhaupt keine Fresse!" ließ sich nun in ganz ruhigem Tone der Angeredete vernehmen. Darauf der Sergeant: „Vorwärts, kommen Sie mit!" Und der Wächter der Ordnung faßte den jungen Mann am Kragen und schob ihn vor sich her. Als dem Arretierten dabei die Mütze vom Kopfe gefallen war, durfte er sie nicht einmal aufheben. Daß der Vorgang sich genau so, wie vorstehend geschildert, zugetragen hat, sind mehrere Augen- und Ohrenzeugen bereit zu bekräftigen.

Obwohl der Name des Polizeisergeanten nicht genannt worden war, wurde Herr Kähne von seinem Vorgesetzten über die Sache vernommen, da sich der Vorgang in seinem Reviere abgespielt hatte. Kähne bekundete, der Artikel beruhe nicht auf Wahrheit. Nun wurde gegen den verantwortlichen Redakteur des Volksblattes, Genossen Schneckenburger eine Beleidigungsklage anhängig gemacht, Kähne durch die Notiz „verächtlich gemacht" und „in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt" sei.

Das Schöffengericht erkannte Schneckenburger für schuldig und verurteilte ihn zu 14 Tagen Gefängnis. Kähne hatte nämlich im Termin eidlich bekundet, der Vorgang habe sich wesentlich anders abgespielt, als er im Volksblatt dargestellt sei; insbesondere habe er nicht die Redewendung „Halte die Fresse!" gebraucht. Der damals durch Kähne Arretierte war der Arbeiter Teubner gewesen. Er unterstützte in der Verhandlung vor dem Schöffengericht insofern die Angaben Kähnes, als auch er erklärte, die Aeußerung „Halte die Fresse!" nicht gehört zu haben, im übrigen sei er betrunken gewesen und könne sich auf die Einzelheiten nicht mehr erinnern. Sein Begleiter war der geistig zurückgebliebene Arbeiter Ahle gewesen.

Schn. beantragte vor dem Schöffengericht Vertagung der Sache, damit er Zeugen laden und den Wahrheitsbeweis antreten könne. Das Gericht lehnte den Antrag ab, stützte sich auf die eidliche Aussage Kähnes und verurteilte Sch., wie schon bemerkt, zu 14 Tagen Gefängnis.

Vor mehreren Wochen fand die erste Verhandlung der Sache vor der Strafkammer als Berufungsinstanz statt. Schon da gewann die Sache ein wesentlich anderes Gesicht zu Ungunsten Kähnes. (Das Volksblatt hat in einer Nummer im Juni ausführlich darüber berichtet.) Die Verhandlung mußte damals vertagt werden, weil sich herausstellte, daß noch ein zweiter Schutzmann dem Vorgange beigewohnt hatte, worauf seltsamerweise Kähne sich erst auf Anregung der Entlastungszeugen und nach längerem Nachdenken besinnen konnte.

Zeuge Teubner blieb heute in der Hauptsache bei seinen schon gemachten Aussagen stehen. Er könne sich des Vorfalls nicht mehr recht erinnern, da er angetrunken gewesen sei; mit Ahle habe er, ziemlich laut singend, den Hospitalplatz überschritten; nach der Arretur sei er freiwillig mit auf die Glauchauer Polizeiwache gegangen, wer ihm die heruntergefallene Mütze wieder aufgesetzt habe, wisse er nicht. — Besonderes Interesse erweckte naturgemäß die Vernehmung Kähnes. Er blieb bei seinen früheren Aussagen stehen und setzte sich damit in Widerspruch zu vier eidlich und drei uneidlich vernommenen Zeugen. Die Worte „Halte die Fresse!" habe er nicht gebraucht, auch die Erwiderung Teubners „ich habe keine Fresse!" nicht vernommen. Es sei garnicht seine Mode, solche Ausdrücke zu gebrauchen, die Zeugen müßten ihn mißverstanden haben. Nicht „halte die Fresse!" habe er gesagt, sondern aus Verwunderung über die an jenem Tage vorgekommenen vielen Arretierungen habe er geäußert: **„Na, es ist ja heut' zweiter Festtag!"** Die beiden jungen Leute hätten sehr laut gesungen, er habe es schon auf weite Entfernung gehört, sodaß sein Kollege Lützow zu ihm gesagt habe: „Jetzt kommt wieder etwas!" Nun habe er, Kähne, erwidert: „Es ist ja heut' zweiter Festtag." Nach vorausgegangenem Verbot hätten die beiden jungen Leute weiter gesungen, und so sei es zur Arretur gekommen. Ein Knabe habe dem Teubner die Mütze aufgehoben und nachgetragen und er selbst, Kähne habe sie dem Arrestanten aufgesetzt.

Der Verteidiger des Anklagten, Rechtsanwalt Schulze, fragt jetzt den Zeugen, ob er mit Bestimmtheit befunden könne, daß von Teubner die Worte: „Ich habe keine Fresse!" nicht gefallen sind und er die Worte auch nicht gehört habe. Kähne bekundet das. Nunmehr verweist der Verteidiger auf die früher von Kähne gemachte und bei der Polizei zu Protokoll genommene, von ihm auch unterschriebene Aussage, **daß er allerdings die Worte Teubners: „Ich habe keine Fresse!" gehört habe,** T. habe wahrscheinlich seine, Kähnes, Worte: „Heute ist zweiter Festtag!" mißverstanden. Kähne war über diese vom Verteidiger gemachte Enthüllung sehr verwundert und erklärte es könne wohl nicht gut möglich sein, solche Aussagen zu Protokoll gegeben zu haben. Nun wurde vom Gericht beschlossen, den Kriminalwachtmeister Später, der mit Kähne jenes Protokall aufgenommen hatte, zu laden, auch den Kriminalsergeanten Fienbort, die Kähnes Angaben unterstützen sollten.

Während Kähne auf Antrag des Staatsanwalts beide Zeugen herbeiholte, wurden die Entlastungszeugen vernommen, wodurch der Wahrheitsbeweis vollständig gelang. Es bekundeten drei eidlich vernommene Zeugen, der Zimmermann Br. und Ehefrau sowie die Frau des Bäckermeisters R., in voller Uebereinstimmung die Worte „Halte die Fresse!" aus Kähnes Mund gehört zu haben, ebenso die Antwort Teubners: „Ich habe keine Fresse!" Auch die unvereidet vernommenen Zeuginnen, die 15jährige Schneiderin Martha S. und ihre 13jährige Schwester Luise sowie die Martha M. stellten den Vorgang so dar, wie die vereideten Zeugen. Kein einziger Entlastungszeuge hatte etwas wie „heut' ist zweiter Festtag!" vernommen.

Zeuge Sergeant Lützow sowie Kriminalsergeant Fienbork konnten nich's Wesentliches zu der Sache bekunden. Ersterer gab nur zu, die Aeußerung: „Es ist ja heute zweiter Festtag", gehört und von Worten wie: „Fressehalten" nichts vernommen zu haben, und letzterer bestätigte noch in einigen Beziehungen die Angaben des Zeugen Br.

Trotz wiederholten eindringlichen Vorhalts seitens des Vorsitzenden unter Erwähnung des Umstandes, daß alle die vom Angeklagten geladenen Zeugen mit größter Bestimmtheit bekundet hätten, er, Kähne, habe die Redensart: „Halte die Fresse" gebraucht, blieb Zeuge Kähne aber nach wie vor dabei, jene Aeußerung nicht gethan zu haben. Dagegen gab aber Zeuge Kähne, nachdem der Kriminalwachtmeister Später als Zeuge erschienen, auf Vorhalt des Vorsitzenden schließlich zu, möglicherweise auf der Polizei bei seiner Vernehmung erklärt zu haben, aus Teubners Munde die Worte: „Ich habe keine Fresse" vernommen zu haben. Kähne, der während Teubners Vernehmung nicht im Gerichtssaal war, fragte dann, ob auch Teubner beschworen habe, daß er, Kähne, jene inkriminierte Aeußerung gethan. Der Herr Vorsitzende erwiderte, daß dieses nicht der Fall sei, aber im übrigen auf Teubners Aussagen kein Gewicht zu legen sei, da er bei dem Vorgange doch betrunken gewesen sei. Vor Beendigung der Beweisaufnahme stellt Rechtsanwalt Schulze den Zeugen Kähne noch zur Rede, ob er, Kähne, sich vor kurzem einmal in einer Strafsache wider Bandermann auf dem Schöffengericht mit den Aussagen dreier anderen Zeugen in Widerspruch verwickelt und sich herausgestellt habe, daß er, Zeuge, mit seiner ersteren Behauptung im Unrecht gewesen sei. Zeuge Kähne giebt zu, daß ihm bei der Sache ein Irrtum unterlaufen sei.

Der Verteidiger beantragte, da durch die stattgehabte Beweisaufnahme über die im Volksblatt aufgestellten Thatsachen der Beweis erbracht worden sei, Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freisprechung. Der Hauptbelastungszeuge Kähne könne die bei dem betreffenden Vorgang gethane Aeußerung: „Halte die Fresse" vergessen haben, ebenso wie er vergessen habe, daß er nach dem Protokoll andere Angaben gemacht hat, als in der heutigen Verhandlung. Der Zeuge hat sich in Widersprüche verwickelt und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950730-10/fragment/page=0003

erst nachdem Herr Kriminalwachtmeister Später erschien, seinen Irrtum eingestanden.

Die Staatsanwaltschaft, vertreten durch Assessor Trampe, stellt dem Gerichtshof die erbrachte Beweiswürdigung mit Rücksicht auf die entgegenstehenden Zeugenaussagen anheim und meint, daß man betreffs der in Frage kommenden Aeußerung: „Halte die Fresse" zu einem „non liquet" (es ist nicht klar) kommen müsse. Anders stehe aber die Sache mit dem zweiten Absatz im Artikel, wo gesagt worden ist, daß der Arretierte nicht einmal habe seine Mütze aufsetzen dürfen. Bezüglich dieser im Volksblatt enthaltenen Behauptung habe sich die Unwahrheit ergeben und sei dem Beamten eine Pflichtwidrigkeit vorgeworfen worden, weshalb Bestrafung erfolgen müsse. Auf eine gelindere Strafe als ursprünglich zu erkennen, sei dem Gerichtshof anheim zu stellen.

Rechtsanwalt Schulze reagiert auf das Plaidoyer des Staatsanwalts, daß er auf dem nebensächlichen Vorfall mit der Mütze bei der Verteidigung gar kein Gewicht gelegt, da auch diesbezüglich im Volksblatt keine Unwahrheit aufgestellt worden ist. Denn es ist selbstverständlich, daß, wenn jemand arretiert wird und dem Betreffenden beim Fortbringen die Mütze vom Kopfe fällt, er verhindert wird, die Mütze aufzuheben. Er bleibe bei dem Antrage auf Freisprechung stehen.

Der Gerichtshof erkannte nach längerer Beratung auf Aufhebung des Urteils erster Instanz und Freisprechung; die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. In der Begründung des Urteils hieß es, daß über den unter der Spitzmarke: „Eine rettende That" im Volksblatt veröffentlichten Artikel heute der vollständige Wahrheitsbeweis angetreten worden ist und der Gerichtshof durch die stattgehabte Beweisaufnahme die volle Ueberzeugung gewonnen, daß der Zeuge, Polizeisergeant Kähne auch die Aeußerung: **„Halte die Fresse"** gethan hat. Somit könne von einer Beleidigung seitens des Angeklagten gar keine Rede sein. Die verschiedentlichen Aussagen des Polizeisergeanten Kähne sind als nicht zuverlässig erachtet worden; es möge sein, daß sich dieser Zeuge geirrt habe. Der Angeklagte müsse somit freigesprochen werden.

Tagesordnung
für die Extra-Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

Montag den 31. Juli cr., nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Genehmigung des Mietsvertrages in betreff des Stadttheaters.
2. Vermietung von Kellerräumen unter dem Rathause.
3. Verzicht auf den Rechtsweg in einer Enteignungssache.
4. Verleihung einer Hospitalkassistelle.
5. Herstellung eines Kanals zur Verbindung des Straßenkanals der großen Ulrichstraße mit demjenigen der Nikolaistraße.
6. Herstellung eines Kühlraumes für das Restaurant des Stadttheaters.
7. Verkauf eines Landstreifens zwischen Grasweg und großer Klausstraße.
8. Uebereignung und Auflassung der enteigneten Leuscherschen Parzellen an den Baumeister Kuhnt.
9. Uebereignung und Auflassung der enteigneten Pufffschen Parzellen an den Baumeister Kuhnt.
10. Landerwerb zum Weidenplan von Weidenplan Nr. 29.
11. Mittelbewilligung zu Anschaffungen für die gewerbliche Zeichenschule.
12. Zustellung des Urteils des Oberverwaltungsgerichts in Sachen des Magistrats wider den ersten Bürgermeister.
13. Nachbewilligungen für den Schlachthof.
14. Nachbewilligungen für den Viehhof.
15. Nachbewilligung zur Ruhegehaltskasse der Elementarlehrer.
16 Abkommen wegen Landerwerbs.
17. Antrag auf Feststellung des Preises für Wasser.
18. Abgabe von Wasser für städtische Zwecke.
19. Festsetzung der Ausbaubedingungen für eine Straße durch das Wiede'sche Grundstück zur Verbindung der Marien- und der Martinstraße.
20. Errichtung von zwei neuen Botenstellen.
21. Petition, regelmäßige Besprengung der Wörmlitzerstraße betreffend.
22. Petition der Fleischer-Innung.
23. Petition, Klavierspiel in einem öffentlichen Lokale betreffend.

Geschlossene Sitzung.

24. Anstellung einer Klage, Verschaffung einer Parzelle betr.
25. Anstellung einer Klage, auf Hinterlegung einer Kaution.
26. Anstellung einer Klage, auf Zahlung von Straßenausbaukosten.
27. Neuwahl von Schiedsmännern bezw. Stellvertretern für den 2. und 5. Bezirk.
29. Definitive Anstellung eines Büreau Assistenten.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
W. Dittenberger.

Aus dem Reiche.

Berlin. Die Kaiserbeleidigungsklage gegen den seit 1. Juni verhafteten bulgarischen Studenten Iwanoff wird am 6. August stattfinden. — Freie Fahrt haben die Reichstagsabgeordneten vom 15.—22. August auf ihre Karten, um der Grundsteinlegung des Kaiser Wilhelm-Denkmals beiwohnen zu können. — Dreizehn deutsche und außerdeutsche Städte sind von mehreren Stadträten besucht und auf ihre Verkehrsverhältnisse geprüft worden. Der Bericht lautete dahin, daß die Verkehrsverhältnisse der Reichshauptstadt Berlins sich mit denen jeder anderen Großstadt des In- und Auslandes messen können, daß dieselben, abgesehen von elektrischen Straßenbahnen, jenen stellenweise sogar weit überlegen sind. — Von dem Attentat der Anarchisten Töds und Krebs, von dem die Ordnungsblätter seinerzeit soviel Sums machten, ist weiter nichts übrig geblieben, als ein Kupeleiprozeß gegen Tödt. — Wie das Volk wohnt. In der Herberge zu Rixdorf nächtigten in einem drei Meter hohen und etwas über vier Meter breiten Raum ohne jegliche Ventilation in entsetzlicher Atmosphäre auf dem Fußboden unter Tischen und auf Bänken nicht weniger als **fünfzehn Personen**! — Aber Kirchen baut ihr und Paläste, und Not und Elend hat kein Haus.

Breslau. Der Mörder der Elsa Groß soll nach Behauptung des Rechtsanwalts Schreiber sich in einem Irrenhause befinden Hm! wer's glaubt!

Bremerhaven. Der Heizer Schmidt stürzte am Sonnabend bei schneller Fahrt vom Torpedoboot Nr. 23 über Bord und ertrank.

Bochum. Das schreckliche Grubenunglück auf der Grube Prinz v. Preußen hat nach amtlicher Feststellung 38 Tote, 5 Schwerverletzte und 3 leichter Verletzte als Opfer gefordert.

Alt Landsberg. Auch eine Anklage. Vor dem Schöffengericht stand ein Mann, welcher eine Akazie gestohlen haben sollte. Erst im Termin wurde festgestellt, daß er Pächter des Ackers ist und die Akazie selbst gepflegt hat.

Görlitz. Im Streit erstach der Gesindevermieter Hermann einen Schuhmacher und verletzte außerdem einen andern Handwerker lebensgefährlich. Der Thäter ist verhaftet.

Hannover. Der Lustmörder, der die Buchhaltersfrau Seegers vergewaltigt und ihr den Hals abgeschnitten hat, wurde ermittelt und verhaftet. Es ist ein Kellner Franz Poplawsky.

Hamburg. Seit Mitternacht zum Montag stehen sämtliche Gebäude der Exportlagerhaus-Aktiengesellschaft, vor Mege am Steinwerder am linken Elbufer gelegen, in hellen Flammen. Der Schaden ist nach Millionen zu berechnen.

Paderborn. Reformator Liebknecht. Sohn unseres alten Parteigenossen Liebknecht, ist nach dem Rh.-W. T. dem hiesigen Landgericht überwiesen.

Witten. Bei der Zeche Walfisch versank ein großer Tagesbruch. Das unbewohnte Maschinenhaus versank in die Tiefe. Von den riesigen Steintrümmern ist nichts mehr zu sehen, ein großes Loch bezeichnet die Stelle, wo der unterirdische Bruch stattfunden hat.

Vermischtes.

* **Ein Eisenbahnzug mit Pilgern,** welche von der Wallfahrt nach St. Anne bei Auray zurückkehrten, ist am Freitag in der Nähe von Saint Brieux in der Bretagne (Nordfrankreich) entgleist. Dabei wurden 12 Personen getötet, gegen 50, darunter 20 schwer, verwundet.

* **Muttermord.** Im Dorfe Saint Jean bei Brest schnitt am Freitag der 22jährige Bauer Jean Treitous seiner Mutter, die ihm Geld verweigert hatte, mit einer Sichel den Kopf ab, legte ihn auf einen Teller, setzte sich neben den Kopf und den enthaupteten Leichnam auf eine Bank und wurde so von den Nachbarn gefunden und verhaftet.

* **Schiffsunglücke.** Beim Eingang in den Hafen zu Dower (England) ragen die Masttpitzen eines untergegangenen Dampfers heraus. Von der Mannschaft fehlt jede Spur. Bei Folkestone (Südküste von England) stießen zwei Dampfer zusammen. Der Cleveland sank; 7 Personen ertranken. Bei den Stürmen im Großen Ozean wurden zwischen China und Japan ein deutsches Schiff und mehrere norwegische auf den Strand geworfen.

Achtung Genossen!

Die Genossen von Halle werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Wirt des **Burgschlößchens** in Burg bei Radewell sein Lokal nicht mehr zur Verfügung stellt.

Die Burger Genossen.

Eingesandt.

In der heutigen Nummer des Volksblattes (Sonntagsnummer) finde ich einen Artikel unter Vermischtes, über den ich habe recht lachen müssen. Es betrifft die Abonnements-Einladung des Fürther Zentral-Anzeiger, welch'r glaubt, die Sozialdemokratie vernichten zu können. In der Einladung heißt es: „Die Sozialdemokraten fürchten den Fürther Zentral-Anzeiger wie das „Feuer und die blauen Bohnen der Infanterie". In gewissem Sinne hat der Mann ja Recht, denn wir fürchten weder das eine noch das andere, und den Fürther Gen. Anz. fürchten wir ebenso, nämlich nicht. Der ganze Stil der Abonnements-Einladung erinnert mich aber an ein Blatt, das hier in Halle wieder erscheint, nachdem es schon einmal im Juni eingeschlafen war. Es ist die antijemitische Hallesche Reform. Die nimmt auch das Maul gewaltig voll gegen uns, und ich möchte nur wissen, wer neuerdings das Geld dazu hergiebt, daß das Käseblättchen wieder erscheinen kann. Wie es im Mai oder darum einging, da log es aller Welt vor, es hätte nunmehr 3000 Abonnenten erreicht; acht Tage darauf war es verreckt. Jetzt ist der Kadaver noch einmal galvanisiert und so zu künstlichem Leben erweckt worden. Auf wie lange? Trotz seiner widerlichen marktschreierischen Reklame, die es in jeder Nummer treibt, wird ihm bald genug der Atem wieder ausgehen. Bis dahin hängt es in jeder Nummer uns Sozialdemokraten soviel an, wie es nur kann. Besaß das Blatt doch die Frechheit, vor acht Tagen zu schreiben, unser Volksblatt könne nur durch die Subventionen der Partei bestehen. Wie die Hall. Reform über den Streik der Bauarbeiter denkt, hat das Volksblatt abgedruckt. Mit einigen radikal klingenden Phrasen glaubt das Blatt Arbeiter und Kleingewerbetreibende in den schmutzigen Sumpf locken zu können, in dem es sich selbst wohl fühlt. Die Arbeiter sind jedoch längst über die kindische Antisemiterei hinausgewachsen; sie gehen nicht einmal mehr einen „Ahlwardthalter" dafür. Vielleicht überlegt sich aber die Redaktion unseres Volksblattes, ob sie nicht die Hall. Reform, die wöchentlich nur einmal erscheint, dem Volksblatte als humoristische Beilage zugiebt, da würden wir Leser doch immer etwas zu lachen haben, wie jetzt über die Abonnements-Einladung des Fürther Zentr.-Anz., der wohl auch im antisemitischen Fahrwasser segelt.

Ein treuer Abonnent.

Als am Sonntag vormittag ein Handwerker sich in der Köcherschen Anstalt badete, gewahrte er mit Schrecken, daß die Marke, welche er für Abgabe seiner Wertsachen, Uhr sowie Portemonnaie mit 18 M Inhalt, erhalten hatte, verschwunden war und der Liebhaber die Wertsachen bereits abgeholt haben hatte. Sollte es nicht besser sein, wenn jeder, welcher Sachen abgiebt, seinen Namen angiebt, welcher auf einen Zettel geschrieben, in das Fach gelegt wird? Muß jeder Abheber seinen Namen nennen, so würde ein Betrug sofort entdeckt werden.

M. H.

Quittung.

50 Pf. im Hofjäger für die Bauarbeiter. E. K.

Briefkasten der Redaktion.

Schkeuditz. Ohne Einwilligung des Arbeiters hat niemand das Recht, einen Teil seines Lohnes beim Arbeitgeber zu erheben.

Bitterfeld. Wo bleibt der Bericht?

Merseburg. Wird verwendet werden.

K. K. Nur auf die eine Liste waren reichlich 7 M. abgeliefert worden, insgesamt mögen von den Arbeitern jenes Etablissements weit über 50 M., vielleicht 80 M. für die Streikenden gesammelt worden sein.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 27. Juli.

Aufgeboten: Der Geschirrführer Friedrich Wehlau und Anna Wittska (Franckestraße 17 und kleine Brauhausstraße 14). Der Schlosser Karl Pasch und Agnes Seidel (Bauhof 1). Der Schlosser Max Kuhn und Anna Theumann (Schimmelstraße 16 und Händelstraße 21). Der Buchhalter Günther Thienemann und Bertha Magwitz (Naumburg und Großjena).

Eheschließungen: Der Eisendreher Emil Hellwig und Martha Reinhardt (Thomasiusstraße 42 und Steg 1). Der Barbier und Friseur Wilh. Rackwitz u. Marie Dolecek (Giebichenstein u. Brunnengasse 15). Der Kaufmann Heinrich Mehlig und Agnes Mehlig (Beesenerstraße 9). Der Maschinenmeister Hermann Poetsch und Alma Grodrian (Leipzig u. Glaucharerstraße 5). Der Stuckateur Karl Börkel und Klara Frische (Nikolaistraße 6 und Steg 10). Der Maurer Wilhelm Knöchel und Klara Naumann (Unterpl. 2 und Wilhelmstraße 4). Der Werbaltungs-Expedient Konrad Rottig und Anna Taab (Krausenstraße 4 und Mansfelderstraße 5). Der königl. Steuer-Supernumerar Paul Ulrich und Selma Petschick (Buchererstraße 44 und Krausenstraße 23). Der Kaufmann Robert Werse und Luise Emmerich (Leipzigerstraße 50 und Martinsberg 16). Der Geschirrführer Ernst Laue und Minna Rosner (Glaucharerstraße 69 und Marienstraße 23). Der Dachdecker Friedrich Lindner und Auguste Bichtler (Schmiedestraße 35 und Thorstraße 25). Der Bahnarbeiter Richard Harre und Emilie Pülsner (Grasweg 3 und Steinweg 8). Der Schlosser Albert Burgmann und Emilie Kirchner (Merseburgerstraße 22 und Taubenstraße 9). Der Kaufmann Franz Sprengel und Hermine Wille (Leipzigerstraße 2 und Strejow).

Geboren: Dem Restaurateur Hermann Eckstein ein S., Karl Georg Hermann (Bergstraße 1). Dem Posthilfsboten Karl Liht eine T., Emma Minna (Landwehrstraße 8). Dem Kaufmann Otto Schmidt ein S., Ottomar Alfred (Charlottenstraße 16). Dem Handarbeiter Ernst Kulsche eine T., Margarethe Anna (Schlossterstraße 19). Dem Bahnarbeiter Friedrich Kuhl eine T., Minna Emma Ottilie (Magdeburgerstraße 12). Dem Schneider Max Espig ein S., Max Arthur (Brunoswarte 34). Dem Metalldreher Max König eine T., Martha Erna (Ludwigstraße 25). Dem Gärtner Reinhold Schmalz ein S., Reinhold Karl Gustav (kleiner Sandberg 7). Dem Bahnarbeiter Karl Hellige ein S., Karl Reinhold Kurt (Karlstraße 21).

Gestorben: Der Kaufmann Otto Ronicke, 53 J. (Dorotheenstraße 11). Des verst. Wurstfabrikant Louis Busch T. Marie, 4 M. (Thorstraße 24). Des Probenehmer Karl Keil T. Elsa, 1 W. (Ritterstraße 17). Des Arbeiter Wilhelm Wolf T. Martha, 2 J. (Klinik). Elise Mohrmann, 68 J. (Luisenstraße 13). Des Zimmermann Emil Schunke S. Arthur, 11 M. (Wuchererstraße 50). Des Handarbeiter Friedrich Schade S. Friedrich, 1 M. (Hirtenstraße 12). Des Tapezierer und Dekorateur Hermann Langhammer S. Hermann, 3 M. (Mauerstraße 18). Des Kaufmann Emil Bald S. Alfred, 1 J. (kleine Brauhausstraße 6). Des verst. Maurer Ernst Wurmehl S. Hermann, 14 J. (Diakonissenhaus). Des Straßenarbeiter Hermann Gerbershagen S., totgeb. (Entb.-Institut). Die Witwe Johanne Münch geb Lingner, 72 J. (Mansfelderstraße 52). Des Stellmacher Wilhelm Piplak T. Ella, 2 M. (kleine Märkerstraße 3). Der Streckenarbeiter Albert Dietrich, 21 J. (Klinik). Der Malermeister Wilhelm Kaempfe, 57 J. (Hirtenstraße 11). Des Bahnarbeiter Karl Hellige S. Willy, 1 J. (Karlstraße 21). Des Viktualienhändler Friedrich Thiemann T. Erna, 3 M. (Thorstraße 23). Der Tischler Ernst Klaus, 27 J. (Klinik). Des Arbeiter Friedrich Mosch S. Paul, 10 M. (Klinik).

Für die Redaktion verantwortlich: F. Schneckenburger in Halle.

Allgemeiner Konsum-Verein zu Halle a. S.
(Eingetr. Genossensch. m. b. Haftpfl.)

Die geehrten Mitglieder der Genossenschaft werden hiermit zu der am

Mittwoch den 7. August 1895 abends 8¼ Uhr im „Bellevue"

Lindenstraße, stattfindenden

außerordentlichen Generalversammlung ergebenst eingeladen.

Tagesordnung: 1. Entlassung des Kontrolleurs und Neubesetzung dieser Stelle. 2. Anstellung des Kassierers. 3. Eventuelle Errichtung einer vierten Verkaufsstelle. 4. Mitteilungen über den diesjährigen Unterverbandstag. 5. Geschäftliches.

Ohne Vorzeigung der Mitgliedskarte kein Zutritt zu der Versammlung.

Der Aufsichtsrat: R. Lüdecke, Vorsitzender.

Die Sozialdemokratie
und das
allgemeine Stimmrecht
mit besonderer Berücksichtigung des
Frauen-Stimmrechts und Proportional-Wahlsystems.
Von **Aug. Bebel.**
Preis 20 Pf.
Zu haben in der
Die Volksbuchhandlung
Völbergasse.

National-Theater.
Montag den 29. Juli
Zum 2. Male:
Der jüngste Leutnant.
Posse mit Gesang v. Jakobson.
Dienstag den 30. Juli
Einakter Abend
Eine Weinprobe.
Der sechste Sinn.
Papa hat's erlaubt.

Hochf. neue Vollheringe, neue saure Gurken
empfiehlt billigst
Franz Eisengarten.

Tüchtige Schuhmachergehilfen stellt ein **W. Naundorf,** Schuhmachermstr., Albrechtstr. 39.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler ꝛc. (Verwaltung Giebichenstein).
Dienstag den 30. Juli abends 8 Uhr in Rüdigers Restaurant zum Hasenberg, Brandenburgerstraße 1
Mitglieder-Versammlung.
Die Ortsverwaltung.

Für
Tapezierer und Dekorateure
billigste Quelle für
Schnüre, Fransen, Quasten, Ballfransen, Festknöpfe etc.
(40 Mtr. **Granitschnur** 3.25 M.).
Eugen Glaser
vorm. **Jul. Wedell**
gr. Ulrichst. 41.
Halle a. S.

Achtung!
Einem geehrten Publikum von Giebichenstein und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage **Angerstraße 2** eine
Schnell-Reparatur-Werkstatt
für sämtliche Schuhwaren eröffnet habe.
Hochachtungsvoll
Fr. Herold, Schuhmachermstr.
Reelle Bedienung. — Billigste Preise.

Frdl. möbl. Zimmer für 1 oder 2 H. z. verm. Landwehrst. 21 III. a. Riebeckplatz.
Frdl. Schlafstelle Magdeburgerstraße 3, 1 Tr.

A.-B.-V.
Mittwoch den 31. Juli im Vereinslokal
1. Vortrag des Herrn Manfr. Wittich.
2. Vorstandswahl.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dienstag
Schlachtefest.
W. Rüdiger, Thomasiusstraße 42.

Otto Hammelmann, Schuhgeschäft
Geiststraße 55
empfiehlt sein großes Lager
fertiger Schuhwaren.

Gut möbl. Schlafst. vrb. Hermannst. 27.
Eine Wohnung sof. z. bez. Wittekindstr. 24.

Danksagung.
Zurückgekehrt von den Gräbern unserer uns leider zu früh dahingeschiedenen Zwillingstöchterchen **Lina u. Antonie** sagen wir allen denen, die ihre Särge in überreichem Maße mit Blumen und Kränzen schmückten, unsern tiefgefühlten Dank. Die trauernden Eltern
Franz Lehmann und Frau
Lina geb. Brandt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich Aug. Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950730-10/fragment/page=0004